

Wege zu nachhaltiger Regionalentwicklung

Bernd Hamm

Aufgabe

Auch zehn Jahr nach der Rio-Konferenz ist die globale Umweltsituation nicht besser geworden: Weiterhin werden in grossem Umfang und meist illegal die letzten Urwälder abgeholzt, jährlich etwas dreimal die Fläche der Schweiz; weiter geht das Artensterben ungebremst voran; weiter geht die Erosion der Böden, die Verwüstung; weiter werden die Gewässer verschmutzt, die Meere überfischt. Am Erdgipfel in Johannesburg wurde noch einmal Bilanz gezogen, wurde noch einmal eindringlich zum Handeln aufgefordert – aber zu mehr als zu unverbindlichen Absichtserklärungen konnten sich die Regierungschefs nicht verständigen.

Und weiter erwärmt sich das Klima: Das Polareis und die Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel steigt an und bedroht zahlreiche Millionenstädte, New York, Kairo oder St. Petersburg; der erste Inselstaat, der direkt davon betroffen ist, Tuvalu, wird seit letztem Jahr evakuiert. Die Meere erwärmen sich; extreme Witterungsereignisse, Überschwemmungen und Trockenperioden häufen sich und damit die Sorgen der Versicherungswirtschaft; viele Gegenden werden unbewohnbar, die Menschen werden zur Auswanderung gezwungen. Manche denken, das sei doch nicht so schlimm für uns, wir bekämen dann italienische Verhältnisse und müssten nicht mehr ans Mittelmeer in Urlaub fahren. Der Sommer 2003 hat einen Vorgeschmack darauf gegeben: 35.000 Hitzetote in der EU! Wenn die Meere sich weiter erwärmen – und die binden ca. 60 % des weltweiten CO₂ – dann verlieren sie die Fähigkeit, dieses Treibhausgas festzuhalten. Es könnte zu Ansprungeffekten kommen, in denen sehr schnell riesige Mengen an CO₂ in die Atmosphäre entlassen werden, an denen wir uns vergiften und die gänzlich unkalkulierbare Klimaänderungen bis hin zu neuen Eiszeiten nach sich ziehen könnten.

Die Ursachen dafür sind klar und bekannt: Die Menschen in den reichen Ländern, also wir, verbrauchen zu viel von den Naturressourcen des Planeten, wir stossen zu viel Treibhausgas in die Atmosphäre, wir vergiften die Welt mit unseren Abfällen. Selbst wenn wir heute auf einen Schlag aufhörten, CO₂ in die Luft zu blasen, würde sich der Effekt erst in etwa zehn bis fünfzehn Jahren einstellen: So lange dauert es, bis CO₂ in der Atmosphäre abgebaut wird. Wir hätten schon lange damit aufhören müssen. Wir wissen das auch schon lange. Aber die Lobbies der Öl- und Autoindustrie, die Wahlstimmen der Arbeiter, die von Kohle und Öl leben müssen, haben es bislang verhindert.

Ist das denn nun nicht alles mit dem Kyoto-Protokoll erledigt, das Anfang 2002 verabschiedet worden ist? Leider nein. In meinen Augen ist die internationale Klimapolitik am Bonner Gipfel im Dezember 2001 gegen die Wand gefahren worden. Wer (nur!) auf dieser Grundlage praktische Politik machen will, der wird nicht nur nichts verändern, er wird dies auch noch mit einer gewaltigen Bürokratie tun. Die Regierung der USA hat endgültig erklärt, dass sie bei der vereinbarten Reduktion der Treibhausgase nicht mitmachen wird, sie, die bei einem Anteil von 4 % der Weltbevölkerung insgesamt mehr als 25 % aller globalen Treibhausgase zu verantworten haben.

Der Europäische Rat hat an seinem Gipfel in Göteborg im Juni 2001 eine Strategie für Nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Dort nimmt die Klimapolitik einen wichtigen Stellenwert ein und es wird zugesagt, dass die EU die Treibhausgasemissionen über die in Kyoto vereinbarte Menge hinaus reduzieren will. Auch die Bundesregierung hat eine nationale Strategie für Nachhaltige Entwicklung erarbeitet, die am 17. April im Kabinett 2002 verabschiedet und im Bundestag mit einer Regierungserklärung erläutert worden ist. Auch wer das deutsche Papier vor allem für Wahlpropaganda hält, muss doch einräumen, dass auch hier die Klimapolitik eine wichtige Rolle spielt.

Die politischen Gremien auf allen Ebenen kommen also trotz des Drucks der Interessengruppen nicht mehr daran vorbei einzugestehen, dass hier wirklich ein ernstes Problem liegt, dass wir handeln müssen. Das haben wir ja auch international versprochen, nur bisher nicht gehalten. Wir emittieren in Deutschland pro Kopf und Jahr etwa 10 Tonnen CO₂ (USA 22 Tonnen, aber Indien z.B. 2 Tonnen). Vor allem kommt das aus den Kraftwerken und aus dem Verkehr. Die wichtigste Ursache für das Entstehen von Treibhausgasen ist die Verbrennung fossiler Brennstoffe, also vor allem von Erdöl und Kohle, im Verkehr, in der Energieumwandlung und in den privaten Haushalten. Wir müssen weg von Erdöl und Kohle. Wir müssen hier schleunigst andere Wege finden aus klimapolitischen Gründen – aber es gibt viele andere:

- Die Wirkungsgrade unserer Kraftwerke sind technisch gesehen miserabel. Ein Kohlekraftwerk liefert als Strom an Endverbraucher nur etwa 32 % dessen, was an Primärenergie hineingesteckt wird. Im Verkehr, in der Raumheizung, in der Beleuchtung sind die Verhältnisse ähnlich. Das ist nicht rational.
- Derzeit wird im Mittleren Osten wieder gezündelt. Der saudische Kronprinz Abdullah hat Präsident Bush neulich erklärt, dass sich in den arabischen Ländern eine massive Front vor allem gegen die USA und gegen den Westen insgesamt aufbaut. Neue Liefersperren sind durchaus möglich. Die Kriege gegen Afghanistan und Irak sind Kriege um die Kontrolle von Rohöl.
- Viele erinnern sich noch an die erste Ölkrise im Winter 1973-74, an die Preissprünge auch 1979. Dafür ist heute nur zu einem minimalen Teil die Ökosteuer schuld, vor allem kommen die von gestiegenen Rohölpreisen und von grösseren Gewinnen der Ölkonzerne.
- Aber man muss sich nichts vormachen: Auch wenn die Kaspischen Ölfelder voll erschlossen, auch wenn die Pipelines gebaut werden, um die in Afghanistan Krieg geführt wird: Die Rohölvorräte gehen unwiderbringlich zu Ende. Die meisten Schätzungen rechnen damit, dass die Förderspitzen in etwa zehn Jahren erreicht werden, die Vorräte in 40 Jahren erschöpft sein werden. Wir müssen uns auf eine andere Energieversorgung einstellen.

Dass dies möglich ist, wurde vielfach gezeigt. Unsere Energiestudie für die Region Trier liegt gedruckt und im Internet (www.uni-trier.de/zes Schriftenreihe Bd. 52) vor – wir haben dort nachgewiesen, dass eine vollständig regenerative Versorgung der Region grundsätzlich möglich ist. Dieser Schlussfolgerung haben auch die an der Studie beteiligten Grossversorger (darunter RWE) ausdrücklich zu gestimmt. Aber wir haben auch dort die Energieproblematik nicht isoliert, sondern immer im Zusammenhang mit nachhaltiger Regionalentwicklung, mit einem Beitrag zur globalen Nachhaltigkeit behandelt. Denn darum geht es schliesslich.

Als die Studie vor knapp einem Jahr erschien und verbreitet wurde, ist sie sofort in das hineingezogen worden, was sich nun als Glaubenskrieg um Windkraft entwickelt, und jede Seite wollte uns für ihre Position vereinnahmen. Das hängt natürlich mit dem Phänomen zusammen, dass es Windpápste und Sonnenpápste, Wasserpápste und neuerdings hier auch Biomassepápste gibt, die alle von ihrem Feld unheimlich viel verstehen und unheimlich

engagiert sind, bei denen man aber nicht mehr erkennen kann, für welches Ziel – ausser für die Förderung der jeweiligen Technologie – sie sich eigentlich interessieren. Ich will daher unsere Position – die ja von allen in Projekt- und Anhörgruppe Beteiligten mit getragen worden ist – kurz erläutern: Uns ging es darum, ein Zielbündel zu optimieren: Es sollte eine Energieversorgung vorgeschlagen werden, die mit minimalen Ausstoss von Treibhausgasen funktioniert – das ist unser Beitrag zur globalen Klimaproblematik. Natürlich geht es dabei jeweils um die gesamte Produktlinie, also auch alles, was zur Herstellung, zum Betrieb und schliesslich auch der Entsorgung der Anlagen nötig ist, und nicht nur um das, was am Ende als Strom herauskommt. Es sollte aber auch eine Versorgung vorgeschlagen werden, die Initiativen in der Region anregt und Wertschöpfung und Beschäftigung in der Region hält. An diesen Kriterien wurden die Technologien geprüft. Die von uns vorgeschlagene Strategie stützt sich auf ein Massnahmenbündel:

- Energie einsparen als wichtigstes;
- Kraft-Wärme-Kopplung mit Gasfeuerung, da wo kein Gas liegt mit Biomasse;
- Photovoltaik und Sonnenkollektoren wo immer möglich;
- Wasser-, Windenergie je nach den lokalen Bedingungen.

Als ein Instrument zu diesem Ziel schlagen wir den Aufbau einer Energie-, lieber noch: Umwelt-, lieber noch Nachhaltigkeitsagentur vor. Die soll nicht passiv abwarten, ob jemand ihre Beratung wünscht, sondern sie soll offensiv hinausgehen und den Menschen erläutern, warum und auf welche Weise und mit welchen Kosten und Fördermitteln nachhaltige Regionalentwicklung in konkreten Schritten möglich ist.

Am weitaus wichtigsten wäre es, Energie einzusparen, und dabei ist die ökologische Sanierung der Baubestände der wichtigste Ansatzpunkt. Jedem Hausbesitzer wäre vorzurechnen, dass er die dafür entstehenden Kosten innerhalb relativ weniger Jahre amortisiert und gleichzeitig den Wert seines Eigentums schützt und steigert.

Ich persönlich halte die Windkraft im Moment für nützlich, aber es ist wahrscheinlich eine vorübergehende Technologie. Kürzlich wurde in einer Fachzeitschrift berichtet, dass Solarzellen entwickelt worden sind, die auf flexiblen Materialien aufgebracht werden können und noch dazu billiger sind als die heute gängigen Photovoltaik-Anlagen – wenn auch mit etwas geringerer Effizienz. Das eröffnet natürlich phantastische Möglichkeiten. Mit grossem Eifer wird an der Entwicklung von marktfähigen Brennstoffzellen gearbeitet, die aus der Synthese von Wasserstoff und Sauerstoff Strom produzieren, und dies ohne schädliche Emissionen. Mit der Markteinführung für Autos und Einfamilienhäuser wird ca. 2007 gerechnet, kleinere Einheiten für den Einsatz in Privathaushalten sollen schon 2005 auf den Markt kommen. In Trier ist vor wenigen Monaten ein Blockheizkraftwerk in Betrieb genommen worden, das etwa die Grösse eines Containers hat und 600 bis 700 Haushalte ganzjährig versorgen kann. Es wird mit Gas befeuert, das aus den Fäkalien der Stadt Trier gewonnen wird. Der Wirkungsgrad liegt bei 90 %, die Emissionen sind minimal. In Mertesdorf wird nun eine Anlage gebaut, die Hausmüll zu Trockenstabilat verarbeitet – auch das ist grundsätzlich energetisch nutzbar. In zehn bis fünfzehn Jahren werden wir die meisten WKAs wieder abgebaut haben. Und hoffentlich die Gittermasten der Überlandleitungen gleich mit, die viel hässlicher sind. Inzwischen haben die ihre Bedeutung, aber das sollte auf eine Weise gemacht werden, die die Menschen nicht überfordert.

Strategie

Lassen Sie mich mit einer Definition beginnen: Nachhaltig ist die Entwicklung einer Region dann, wenn sie den Menschen in der Region ein langfristig-dauerhaftes Leben ermöglicht und gleichzeitig mit möglichst geringem Durchsatz an natürlichen Ressourcen einen Beitrag zur globalen Sicherung der biologischen Lebensgrundlagen leistet. Beides – nicht eines ohne das andere. Eine Strategie, die auf diesen Pfad führen könnte, will ich unter drei Stichworten skizzieren: Autonomie erhöhen, Ressourcen schonen, Selbstorganisation fördern.

Autonomie erhöhen bedeutet, dass alle Massnahmen positiv zu bewerten sind, die unsere Region unabhängiger von weltwirtschaftlichen Entwicklungen machen. Ich weiss, das geht gegen den Trend. Aber lassen Sie mich das begründen: Jeder Investor von aussen, der in unserer Region investiert, interessiert sich dabei für den Gewinn, für die Wertschöpfung, die er aus unserer Region abziehen kann. Dabei bleibt meist auch was für die Region hängen, in Form von Löhnen, Kaufkraft, Steuern, Abgaben – aber das sind für ihn nur Kosten, die er minimieren will. Wenn wir also im Modell der konventionellen Energieversorgung bleiben, dann werden für jede Mark, die in der Region bleibt, vielleicht drei, vielleicht fünf Mark aus der Region abgezogen, z.B. also hin zur Zentrale von RWE nach Essen, und von dort weiter verteilt in der Form der Gehälter des Managements und der Dividenden an die Aktionäre. Es ist also nicht nur ökologisch vernünftig, regenerative Energien dezentral einzusetzen, es ist auch ökonomisch vernünftig und damit am Ende auch sozial, also nachhaltig. Zuweilen wird mir vorgeworfen, ich predige Autarkie und Rückfall ins Mittelalter. Das ist natürlich Unsinn. Es gibt unter KaffeetrinkerInnen, BananenesserInnen, Internet-NutzerInnen und Heizöl-HeizerInnen keine regionale Autarkie. Es kann grössere Autonomie dann geben, wenn die Region gegenüber den konjunkturellen und strukturellen Schwankungen der Weltwirtschaft etwas stabiler und unabhängiger wird. Dafür muss sie die eigenen Ressourcen nutzen, sich auf die eigenen Kräfte besinnen, die eigenen Kreisläufe stärken. Dazu kann man allerlei tun, das kann man fördern, aber am Ende können es nur die Menschen selber machen.

Ressourcen schonen bedeutet, dass wir die für unabdingbar gehaltenen Bedürfnisse mit minimalem Mitteleinsatz befriedigen. Dafür gibt es viele Möglichkeiten. Am besten ist der Müll, der gar nicht erst entsteht. Aber wenn er denn entsteht, dann sollte er auch in der Region verkräftet werden. Am besten ist die Energie, auf die wir gar nicht angewiesen sind. Aber die, die wir brauchen, die sollten wir auch dezentral produzieren. Am wichtigsten wäre ein Programm, das darauf abzielt, die Altbausubstanz in der Region, im Land, in Deutschland, in Europa so zu sanieren, dass sie mit möglichst wenig Fremdenergie auskommt. Wir schätzen konservativ, dass alleine die bessere Dämmung der Aussenhülle unserer Häuser Einsparungen an Heizenergie in Grössenordnungen von 50 Prozent erlaubt – wohlgemerkt ohne dass uns auch nur eine Spur an Wohlbehagen entgeht. Und nun denke man den Gedanken weiter: Wenn die bessere Dämmung mit lokal produzierten Dämmstoffen, etwa nachwachsenden Rohstoffen vorgenommen und von lokalen Arbeitskräften besorgt wird, dann entstünde daraus ein gewaltiges Beschäftigungsprogramm, wir haben also wiederum vernünftige ökologische, ökonomische und soziale Folgewirkungen, werden also nachhaltiger. Wie könnte das gehen? Schon vor längerer Zeit habe ich dem Umweltministerium Rheinland-Pfalz einen Vorschlag dazu geschickt – nach drei oder vier Monaten erhielt ich eine Reaktion von einem Beamten, der den Vorschlag für „bestechend“ hielt, aber gleichzeitig und lapidar sagte: „Das machen wir nicht“. Der Vorschlag hat sich an dem klugen saarländischen Modell der Grünen Hausnummer orientiert, aber nicht nur eine symbolische Anerkennung, sondern finanzielle Förderung damit verknüpft. Im Gegensatz zu den Schnellschüssen, die wir gewöhnt sind, müsste ein solcher Fördersystem langfristig zur Verfügung stehen, mit einem Rechtsanspruch ausgestattet sein, flexibel gehandhabt werden können und finanzierbar sein aus den Einsparungen, die tatsächlich realisiert werden.

Wir haben, um ein anderes Beispiel zu nennen, ein Modell für den Öffentlichen Personen-Nahverkehr entwickelt, den Beitragsfinanzierten Nulltarif. Das Prinzip ist schnell erläutert: Alles Haushalte im Einzugsbereich eines Nahverkehrsnetzes bezahlen einen jährlichen Nahverkehrsbeitrag, der zusammen die Betriebskosten deckt und der deshalb auch relativ niedrig liegen kann. Jeder Haushalt erhält dafür eine Jahresnetzkarte. Damit entfällt das Argument der Fixkosten, die man für sein Auto auch dann bezahlt, wenn man nicht fährt, und da man „frei“ fahren kann, steigt die Attraktivität des ÖPNV. Damit liessen sich Treibhausgasemissionen in grosser Menge einsparen. Aber: Auch dieser Vorschlag hat auf der politischen Ebene nur wenig Interesse gefunden (www.uni-trier.de/zes Schriftenreihe Bd. 22).

Selbstorganisation fördern meint, dass wir nicht immer und überall auf den Staat, auf Gesetze und Vorschriften, auf Subventionen, darauf verlassen sollten, dass uns jemand gängelt. Der Solarverein liefert dafür ein perfektes Beispiel: Nachbargruppen kommen zusammen, um mit technischer und logistischer Unterstützung des Vereins ihre Sonnenkollektoren selbst zu bauen und auf die Dächer zu bringen – ökologisch vernünftig, ökonomisch vernünftig und sozial zu begrüssen. Warum erleichtern wir nicht die Möglichkeiten von ProduzentInnen- und KonsumentInnen-Genossenschaften für die Nahrungsmittelversorgung? Viele Landwirte stöhnen unter den Vorgaben der EU-Agrarpolitik – aber warum kann man das nicht ganz anders organisieren und die Bauern davon unabhängig machen? Warum fördern wir nicht den Aufbau von vertraglichen Verhältnissen, in denen die Bevölkerung von Dörfern sich mit Landwirten darauf verständigt, was in welcher Menge und Qualität zu welchem Preis produziert werden soll? Dann gibt es einen Anreiz, in Familienbetrieben ökologisch zu produzieren, und es gibt eine soziale Bindung einfach daraus, dass man sich auf ein Modell einigen muss. Warum haben Tauschringe noch eine so geringe Verbreitung, wo in England oder Kanada viele Dörfer so etwas eingeführt haben? Warum machen wir die Gemeindehäuser nicht zu Häusern der Eigenarbeit, die Werkzeug und Beratung für Selbsthilfe anbieten?

Es gibt viele Ansatzpunkte, die zusammen eine solche Strategie ausmachen. Man kann nicht alles zugleich, aber viele von uns können Dinge in die Hand nehmen, Schritte gehen. Mir scheint, die Entwicklung zwingt uns geradezu dazu, nicht nur wegen der Klimaproblematik, die gewiss für sich schon ein gewichtiges Argument ist. Unsere Region gerät immer mehr an die Peripherie der „Blauen Banane“ (der Agglomerationszone, die sich von Südostengland über die Rheinschiene bis in die Lombardei zieht). Es ist doch nicht zu übersehen, dass die Infrastruktur insbesondere in den ländlichen Regionen immer mehr verkommt: Strassen werden nicht repariert, Bahn- und Buslinien eingestellt oder ausgedünnt, Einzelhandel, Bankfilialen, Poststellen werden aufgegeben, Telefonzellen und Briefkästen abgebaut, viele Schulzimmer brauchen dringend einen neuen Putz und Anstrich oder neues Mobiliar. Das bedeutet abnehmende Attraktivität für Gewerbeansiedlungen, das bedeutet Abwanderung der Jungen, das bedeutet Überalterung der Dörfer. Wir brauchen alternative Strategien der Regionalentwicklung, und wir wären gut beraten, wenn wir die Probleme nicht als Schicksal sähen, das wir fatalistisch hinnehmen, sondern als Chance, als Möglichkeit, etwas Neues und Lebenswertes zu schaffen. Wenn wir das klug und informiert angehen, dann entsteht daraus nicht nur eine neue Existenzchance für die Region, sondern gleichzeitig auch ein Beitrag zu globaler Nachhaltigkeit.

Eines scheint mir klar: Der „Markt“ – was immer das in Wirklichkeit sein soll – wird eine solche Lösung nicht schaffen. Der Markt wird vielmehr unsere Region immer weiter benachteiligen, bis ihr am Ende die passive Sanierung bleibt. Wer glaubt, er/sie könne die Region so umbauen, dass sie im internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig ist (und

dabei ja auch auf öffentliche Mittel hofft), wer immer noch davon träumt, unsere Region läge ja im Zentrum Europas - der wird sie zerstören. Es hat keinen Sinn, weiterhin zu deregulieren und abzuwarten. Die öffentlichen Hände sind in der Pflicht – schon einfach deshalb, weil die Folgeschäden des Nichthandelns ebenfalls den öffentlichen Händen aufgebürdet und teurer sein würden. Am Wichtigsten aber ist unsere Initiative, die Initiative von vielen Familien, Nachbargruppen, Gemeinden. Dafür günstige Bedingungen zu schaffen – das wäre wohl schon der nützlichste Schritt, und der kostet nicht unbedingt viel Geld. Die Rezepte liegen auf dem Tisch, wir können anfangen, wir alle, auch die politischen Gremien in Städten, Landkreisen und Land. Wir brauchen dazu nicht mehr Wissen, wir brauchen nicht mehr Papier, keine neuen Untersuchungen, Konferenzen, Beschlüsse und Deklarationen, von alledem gibt es mehr als genug.

Wir müssen es endlich tun.

Massnahme

Die Bundesregierung hat sich in den „Perspektiven für Deutschland“ zu einem konsequenten Weg der Nachhaltigen Entwicklung und zur Schonung globaler Ressourcen bekannt. Sie hat diese Selbstverpflichtung auch weltöffentlich am Gipfel in Johannesburg bestätigt. Gleichzeitig muss sie Antworten geben auf die grösste Herausforderung, der sich die deutsche Gesellschaft gegenüber sieht: die Senkung der Arbeitslosigkeit. Schliesslich wird die Bundesregierung von vielen insbesondere ihrer eigenen Parteien dafür mitverantwortlich gemacht, dass die Inlandsnachfrage stagniert, dass das Aufkommen von Steuern und Sozialabgaben schwindet, dass Arm und Reich immer weiter auseinanderdriften und daraus Spannungen und Konflikte entstehen. Es gibt aus diesem Dilemma widerstreitender Ziele nur einen überzeugenden Ausweg: den der konsequent ökologischen Modernisierung der deutschen Gesellschaft. Wir haben begonnen, diesen Weg zu gehen, wenn auch überaus zögerlich und widerstrebend. Dabei liegt hier ein Königsweg, der auch der Bevölkerung plausibel gemacht werden kann. Nur wer es schafft, das ökologische gleichzeitig mit dem Beschäftigungsproblem zu lösen und damit auch zu einer etwas gleichmässigeren Einkommensverteilung beizutragen, nur der wird auch die WählerInnen überzeugen können.

Die Erneuerung der Baubestände nach Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung ist das wichtigste und umfassendste Projekt, das sich Deutschland auf dem Weg zur ökologischen Modernisierung vornehmen kann. Es würde erlauben, die Werte, die frühere Generationen geschaffen haben, zu erhalten und zu sichern, es würde Infrastrukturen weiter entwickeln, es wäre ein enormer Beitrag zur Lösung der globalen ökologischen Krise und es wäre ein gewaltiges Beschäftigungsprogramm. Regionale Wirtschaften würden gefördert, die Kaufkraft gestärkt und die ökologische Modernisierung gewaltig vorangebracht.

Zur nachhaltigen Sanierung des Baubestandes gibt es bisher keine geeigneten Rechtsinstrumente und kaum eigene Motivation der Eigentümer. Das Handwerk und die Architekten sind auf diese Aufgabe kaum vorbereitet. Daher ist ein Förderprogramm erforderlich, das – angesichts der Haushaltslage der öffentlichen Hände – so konstruiert sein muss, dass es sich weitgehend selbst finanziert.

Die ökologische Modernisierung muss auf möglichst weitgehende Schonung natürlicher Ressourcen ausgerichtet sein (Energie, Wasser, Grün, Flächenverbrauch, Abfälle, Baustoffe). Ein ganz erheblicher Teil des gesamten Primärenergiebedarfs wird für die Versorgung der privaten Haushalte mit Raumwärme und Warmwasser aufgewendet. Einsparungen, die an

dieser Stelle in Grössenordnungen von 50 bis 60 Prozent technisch möglich sind, würden gleichzeitig den Ausstoss von Treibhausgasen, die Abhängigkeit von Importen und von den damit verknüpften Unsicherheiten der Lieferbedingungen drastisch reduzieren. Gleichzeitig liessen sich damit ganz erhebliche Stimulationen der Nachfrage nach regenerativen Energien erzielen. Die intelligentere Nutzung von Wasser, vorab von Regen- und Brauchwasser, die Reduzierung der Flächenversiegelung, die Reduzierung des Abfallaufkommens und die Förderung der Begrünung wären weitere Bestandteile eines solchen Programms.

Ökonomisch nachhaltig ist ein solches Programm, weil es geschaffene Werte erhält und Beschäftigung sichert. Es verlangt vor allem nach Leistungen kleiner und mittlerer Unternehmen, die in grossem Umfang und auf lange Zeit ihren Auftragsbestand verbessern könnten. Sie würden damit zur wirtschaftlichen Stabilisierung, zum Gewerbesteueraufkommen und damit zur Verbesserung der Kommunalfinanzierung und zur einer gleichmässigeren Verteilung der Einkommen beitragen. Es entstünden Impulse in die regionale Wirtschaft, weil Leistungen und Materialien vor allem aus der Region eingesetzt werden sollen, und führte zu Innovationen und neuen Wertschöpfungsketten z.B. dann, wenn nachwachsende Rohstoffe verwendet werden können. Wertschöpfung könnte damit in der Region gehalten werden.

Auch sozial wäre ein solches Programm nachhaltig: Es würde dazu beitragen, die in den Immobilien geschaffenen Werte zu erhalten, es würde vor allem in den unteren, besonders durch Arbeitslosigkeit bedrohten Qualifikationsstufen Beschäftigung und Einkommen und damit auch wieder Kaufkraft, Steuern und Abgaben schaffen, es würde zur regionalen Stabilisierung beitragen und die Identifikation der Menschen mit ihrem Lebensraum fördern. Die gesteigerte Attraktivität der Städte und Dörfer hätte zahlreiche indirekte positive Effekte, die darüber hinaus an sich und in ihren Multiplikatorwirkungen willkommen wären. Vor allem in peripheren Regionen würde es heilsame Wirkung entfalten und Trends zur Desinvestition und zur passiven Sanierung abwenden oder zumindest mildern

Entscheidend wird sein, dass ein solches Programm intelligent konstruiert wird und finanzierbar ist. Es muss langfristig verlässlich und rechtssicher sein, aber auch flexibel genug, um unumgängliche Änderungen in den einzelnen Projekten zu erlauben. Es soll umfassend sein und den Menschen leicht vermittelt werden können. Es muss attraktiv genug sein, um eine umfangreiche Nachfrage auszulösen. Dabei muss sich der Mitteleinsatz der öffentlichen Hand in kalkulierbaren Grenzen halten und wenn irgend möglich refinanziert werden können. Es wäre nützlich, Bund, Länder und Gemeinden an der Finanzierung zu beteiligen.

Es wird vorgeschlagen, einen Massnahmenkatalog und darauf gestützt ein Punktesystem zu entwickeln, das den ökologischen, ökonomischen und sozialen Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung angemessen Rechnung trägt (z.B. angelehnt an den Katalog der Grünen Hausnummer des Saarlandes). Die Eigentümer werden aufgefordert, an diesem Punktesystem Projekte zu entwickeln. Wenn ein Projekt mindestens 50 Prozent der maximal erreichbaren Punktzahl erreicht, hat es Anspruch auf Förderung von 50 Prozent der eingesetzten Mittel. Dabei ist es unerheblich, in welchem Bereich (ökologisch, ökonomisch, sozial) diese Punktzahl erreicht wird; es kann hier auch über die Laufzeit des Projektes Flexibilität eingebaut werden. Die Förderung erfolgt langfristig (z.B. über zehn Jahre) über einen Kredit, der die Anfangsinvestitionen für den Eigentümer gering hält und der in der ersten Förderphase (z.B. zwei Jahre) zins- und tilgungsfrei, später zinsfrei sein sollte. Bei der Mindestpunktzahl wird ein Projekt so gefördert, dass die tatsächlichen Einsparungen an Energie, Wasser etc. zur

anteiligen Rückzahlung des Kredits ausreichen. Je höher die Punktzahl, desto höher soll die Förderung sein – somit besteht ein Anreiz, möglichst umfangreich zu erneuern.

Den Besitzern von selbstbewohnten Einfamilienhäusern wird der Sinn eines solchen Programms unmittelbar einleuchten. Viel schwieriger wird es sein, es auch für den Geschosswohnungsbau attraktiv zu machen. Daran muss weiter gearbeitet werden.

Die Finanzierung erfolgt aus drei Quellen: (1) Die Mittel der vorhandenen zahlreichen Förderprogramme für isolierte Einzelmassnahmen werden zusammengelegt; (2) aus den Rückflüssen aus Projekten des Programms, (3) aus zusätzlich durch das Programm bewirkten Steuereinnahmen.

Das Programm könnte grundsätzlich auch offen sein für ein Contracting-Modell, nach dem z.B. ein Unternehmer die Erneuerung für ein ganzes Dorf oder für einen städtischen Baublock durchführt und aus den erzielten Einsparungen finanziert wird. Es trägt zu einer zukunftsorientierten Ausbildung der beteiligten Berufe bei. Es müsste beginnen mit einer Initiative zur Erneuerung der öffentlichen Liegenschaften in den Städten und Gemeinden, für die ein besonderer Anreiz zu schaffen wäre, um Demonstrationseffekte zu erreichen.

Eine Arbeitsgruppe sollte das Programm im Detail ausarbeiten und in einer Machbarkeitsstudie untersuchen, wie es am besten implementiert werden könnte, um grösstmögliche Wirkung bei möglichst geringem Aufwand an Verwaltung und Mitteln zu erzielen. Sie sollte auch prüfen, ob es Wege gibt, ein solches Programm durchzuführen, die regionalen Initiativen möglich viel Raum lassen und mit geringer staatlicher Beteiligung auskommen.